Schweizerisches Bundesblatt.

XXI. Jahrgang. II.

Nr. 34.

28. August 1869.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Franken.
Einrückungsgebühr per Zeile 15 Rp. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden.
Druck und Expedition der Stämpflischen Buchdruckerei (S. Hünerwadel) in Bern.

Vollziehungsverordnung

• zur

Uebereinkunft zwischen der Schweiz und dem Norddeutschen Bunde über den gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst.

(Vom 20. August 1869.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Ausführung der zwischen der Schweiz und dem Norddeutschen Bunde vom 13. Mai 1869 abgeschlossenen Uebereinkunft über den gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst, *)

beschließt:

Art. 1. Schweizerische Verleger, Drucker, Buch-, Kunst- und Musikalienhändler, welche Nachdrücke und Nachbildungen literarischer oder künstlerischer Erzeugnisse, deren Eigenthümer Bürger des Norddeutschen Bundes sind, veranstaltet haben, gegenwärtig veranstalten oder deren Verkauf betreiben, und die sich das Recht zum freien Verkauf der noch vorhandenen oder im Erscheinen begriffenen Exemplare solcher Veröffentlichungen in der Schweiz sichern wollen, haben sich zu diesem Zwecke bei der obersten Polizeibehörde ihres Kantons oder derjenigen Stelle, welche hiefür von der Regierung des Kantons bezeichnet werden wird, binnen einer Frist von 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung an gerechnet, schriftlich anzumelden.

*) Siehe Seite 354 hievor.

Art. 2. Die Meldung muß enthalten:

- 1) Den Namen und den Sitz der anmeldenden Firma.
- 2) Den vollständigen Titel des nachgedruckten Werkes nebst Angabe, ob dasselbe schon vollständig oder erst theilweise erschienen sei; im letztern Falle muß beigelegt werden, wie stark die Auflage der erschienenen Theile gewesen und welche Bände oder Lieferungen noch ausstehen.

Wenn es sich um ein nachgebildetes Erzeugniß der Kunst handelt, so soll die Anmeldung eine genaue Bezeichnung des Gegenstandes enthalten nebst Angabe des zu seiner Erzeugung verwendeten und dienenden Mittels (Clichés, Holzstok, gestochene Platte, Lithographiestein u. dergl.)

- 3) Angabe der Anzahl der vorrätigen Exemplare und Abzüge.

Art. 3. Die vorhandene Anzahl von Exemplaren der angemeldeten literarischen Nachdrücke und künstlerischen Nachbildungen kann jetzt und später in der Schweiz ohne Anstand ausgelegt und verkauft werden.

Nachdruckausgaben literarischer Werke, welche erstere im Erscheinen begriffen sind, dürfen vollendet und in der Schweiz verkauft werden; jedoch darf die Auflage der noch zu veröffentlichenden Bände oder Lieferungen nicht stärker sein, als diejenige der bereits erschienenen Bände oder Lieferungen.

Ebenso ist es gestattet, daß Abklatsche (Clichés), Holzstöcke, gestochene Platten jeder Art, sowie Lithographiesteine, welche unbefugte Nachbildungen von Originalien bilden, deren Eigenthümer Bürger des Norddeutschen Bundes sind, noch während 4 Jahren, vom 1. September 1869 an gerechnet, zu gebrauchen und die damit erzeugten Kunstgegenstände zum Verkauf zu bringen.

Art. 4. Zur Unterscheidung und Legitimierung der nach dem vorstehenden Artikel noch frei verkauften Exemplare und Abzüge von solchen unbefugten Nachdrücken und Nachbildungen, welche erst später veranstaltet und zum Verkauf gebracht werden möchten und als solche den in der Uebereinkunft vorgesehenen Strafen unterliegen, werden jene einzeln mit einem besondern Zeichen versehen, welches mittelst eines, in allen Kantonen identischen Stempels aufgedrückt wird.

Art. 5. Diese Stempelung soll, so weit es die vorrätigen Exemplare bereits erschienener Nachdrücke und Nachbildungen betrifft, inner der Frist von 8 Wochen nach Schluß des Anmeldestermins (Art. 1) ausgeführt sein und ist in Betreff derjenigen Exemplare, Abdrücke, Stiche oder Lithographien, welche gemäß Art. 3 erst später erstellt werden, jeweilen dann einzuholen, wenn dieselben zum Verkauf gebracht werden sollen.

Die Stempelung wird vorgenommen durch die von den Kantonsregierungen zu diesem Zwecke bezeichneten Beamten.

Dieselben fertigen über die Inventarisirung und Stempelung der Exemplare jedes bezüglichen literarischen Werkes oder Kunstzeugnisses ein besonderes Protokoll aus, in welchem der Tag und Ort der Stempelung und die Anzahl der gestempelten Exemplare angemerkt wird. Das Original dieses Protokolles bleibt in der Verwahrung der betreffenden kantonalen Behörde; den Eigenthümern der gestempelten Bücher und Kunstzeugnisse werden Abschriften der bezüglichen Protokolle zugestellt, für welche zur Deckung der mit der Stempelung verbundenen Kosten Fr. 5 bis 10 gefordert werden können.

Art. 6. Nach Ablauf der im Art. 5 für die Stempelung vorgesehenen Frist kann jeder nicht gestempelte, zum Verkauf gebrachte oder vom Herausgeber versandte Nachdruck und jede derartige Nachbildung von Schriftwerken und Kunstzeugnissen, deren Eigenthümer Bürger des norddeutschen Bundes sind, mit Beschlag belegt werden. Im Kleinverkauf darf jeder unbefugte, ungestempelte Nachdruck und jede unbefugte, ungestempelte Nachbildung, welche nach Ablauf besagter Frist noch vorgefunden würde, mit Beschlag belegt und weggenommen werden.

Art. 7. Jede Nachahmung, Fälschung oder betrügerliche Anwendung des Stempels wird nach den Vorschriften der kantonalen Gesetze bestraft.

Art. 8. Das eidg. Departement des Innern wird im Uebrigen mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt, welche im Bundesblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht und in die offizielle Gesessammlung der Eidgenossenschaft aufgenommen werden soll.

Bern, den 20. August 1869.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Walti.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

Programm

über

die Verwendung des für Subventionirung von Schutzbauten und Aufforstungen in den durch die Wasserverheerungen vom Herbst 1868 betroffenen fünf Kantonen bestimmten Fonds von einer Million Franken.

(Vom Bundesrathe festgestellt am 18. August 1869.)

Um eine billige und zweckmäßige Verwendung der für Schutzbauten in den fünf beschädigten Kantonen ausgesetzten Million zu erzielen, wird über das in dieser Angelegenheit einzuschlagende Verfahren und über die Aufgabe, welche dabei der Bundesrath einerseits und die betreffenden Kantone andererseits zu übernehmen haben, Folgendes festgesetzt:

- I. Ist eine allgemeine Uebersicht zu erstellen
- 1) über die Thal- und Ortschaften, welche nach den Bestimmungen von Art. 11 des Konferenzbeschlusses vom 3. April 1869 bei der Unterstützung aus dem Fond für Schutzbauten in Betracht kommen können;
 - 2) über die Schutzwerte forstlicher und wasserbaulicher Natur, welche in diesen Ortschaften zur möglichsten Sicherung des Grundeigenthums nothwendig erscheinen;
 - 3) über den approximativen Kostenaufwand, den diese Arbeiten in den einzelnen Gemeinden erheischen;
 - 4) über die Zeit, welche die Ausführung derselben mit Rücksicht auf die der Gemeinde zu Gebote stehenden Arbeitskräfte im Einzelnen erfordert.

II. Sodann hat eine genaue Prüfung durch Sachverständige unter Berücksichtigung

- 1) der zu Gebote stehenden Hilfsmittel ,
 - 2) des umfassenderen oder beschränkteren Nutzens der vorgeschlagenen Schutzbauten ,
 - 3) der größern oder geringern Dringlichkeit derselben
- diejenigen Schutzbauten zu ermitteln und festzustellen, deren Ausführung durch die Beteiligten unter Mithilfe des Schutzbautenfonds in den verschiedenen beschädigten Kantonen anzustreben ist.

III. Hierauf folgt die spezielle technische Untersuchung der einzelnen aufgenommenen Bauten, die Aufnahme der Pläne, die Feststellung des jeweiligen anzuwendenden Bauystems und seiner Normalien, und die Aufstellung genauer Kostenvoranschläge.

IV. Eine gleichzeitig anzustellende Untersuchung hat zu ermitteln :

- 1) wem nach geltendem Wuhrecht die betreffende Schutzbaute obliegen würde ;
- 2) welches die gesammte ökonomische Lage der betreffenden pflichtigen Gemeinde oder Korporation, oder Privat-Wuhrgenossenschaft sei ;
- 3) wie viel unter den Beteiligten Wasserbeschädigte sich befinden, mit welcher Schadenshäzung und mit welchem Betrag erhaltener Entschädigung.

V. Gestützt auf die nach III und IV ermittelten Verhältnisse ist sodann mit Berücksichtigung der von der Konferenz im Art. 11 niedergelegten Grundsätze die Unterstützung zu bestimmen, welche der Schutzbautenfond an jede einzelne der projektierten Bauten zu leisten übernimmt.

VI. Binnen einer bestimmten Zeitfrist nach Mittheilung der Pläne, Voranschläge und des Subventionsbetrags ist sodann von der kompetenten Behörde die bindende Erklärung abzugeben, ob sie auf der gegebenen Grundlage die betreffenden Bauten ausführen wolle oder nicht.

VII. Wird diese Ausführung verweigert, so treten andere Bauten in den Genuß der betreffenden Subvention. Wird dagegen die Ausführung übernommen, so findet dieselbe statt unter Anwendung derselben Bestimmungen, welche bezüglich Leitung und Oberaufsicht des Bundes bei den von ihm subventionirten öffentlichen Werken gelten.

Betreffend die Aufsheidung und Theilung der in obigen Bestimmungen enthaltenen Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, so ist

I. Sache der Kantone:

- 1) die in I vorgesehene allgemeine Aufnahme der bei Verwendung des Schutzbautenfonds zur Berücksichtigung zu empfehlenden

- Gemeinden und Bauten ihrer Gebiete zu veranstalten und deren Ergebniß dem Bundesrathe mitzutheilen;
- 2) die in III vorgesehene spezielle technische Untersuchung der einzelnen, auf ihren Gebieten befindlichen, in den Unterstützungsplan aufgenommenen Bauten zu veranlassen, und die Pläne, Normalien und Kostenvoranschläge dem Bundesrathe einzureichen;
 - 3) über die in IV genannten Fragen dem Bundesrathe einläßlichen Bericht zu erstatten;
 - 4) über die nach VI ihnen vorgelegten Projekte entweder selbst Beschluß zu fassen, oder die Beschlüsse derjenigen Gemeinden, Korporationen, Wuhrgenossenschaften u., welchen das Recht zur Entscheidung zukommen mag, zu veranlassen, und dem Bundesrathe binnen der gestellten Frist bindende Erklärung abzugeben;
 - 5) die gemäß der abgegebenen Erklärungen definitiv adoptirten und übernommenen Werke zur Ausführung zu bringen.

II. Sache des Bundes:

- 1) zu entscheiden, auf welche Gemeinden in den verschiedenen Kantonen der Artikel 11 des Konferenzbeschlusses Anwendung finden könne, und welche forstlichen und wasserbaulichen Arbeiten in den betreffenden Ortshaften in den Plan der unter Mithilfe des Schutzbautenfonds auszuführenden Werke aufzunehmen seien (III);
- 2) die von den Kantonsregierungen hiefür vorgelegten Pläne und Kostenvoranschläge zu genehmigen;
- 3) die Unterstützung zu bestimmen, welche der Schutzbautenfond an jedes einzelne der Werke zu leisten übernimmt (V);
- 4) die Erklärungen der Kantone über die ihnen in Betreff dieser Werke gestellten Propositionen entgegenzunehmen und die Subventionsbeiträge für solche Bauten, deren Ausführung unter den gestellten Bedingungen abgelehnt worden ist, für andere analoge Bauten in einem der geschädigten Kantone zu verwenden (VI und VII);
- 5) die Ausführung der von den Kantonen definitiv adoptirten Bauten im Sinne von VII zu überwachen.

Vollziehungsverordnung zur Uebereinkunft zwischen der Schweiz und dem Norddeutschen Bunde über den gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst. (Vom 20. August 1869.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1869
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	34
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.08.1869
Date	
Data	
Seite	845-850
Page	
Pagina	
Ref. No	10 006 244

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.